

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/39

Bonn, den 26. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| 1 - 2 | <u>R I C H A R D N I X O N</u> Konsultationen unter Partnern | 43 |
| 2 | <u>Erfolg beharrlicher Bemühungen</u> Zur Freilassung des koreanischen Komponisten Isang Yun | 28 |
| 2 a | <u>L E V I E S C H K O L J</u> Ein schwerer Verlust für Israel | 45 |
| 3 | <u>Weißer Fleck auf bundesdeutscher Landkarte</u> Wird die künftige Entwicklung des Schulsystems in Bayern verbaut? | 32 |
| 4 | <u>Gastarbeiter-Bäume wachsen nicht mehr in den Himmel</u> Ex-Gastarbeiter drängen auf Spaniens Arbeitsmarkt - Trotz erhöhter Anwerbung mehr Rückwanderer Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid | 46 |
| 5 - 6 | <u>Der gallische Hahn auf dem roten Stern</u> Französischer Großsender in Jugoslawien? Von Hans Peter Rullmann, Belgrad | 75 |

R I C H A R D N I X O N

Konsultationen unter Partnern

sp - Nach allem, was man bisher von dem Europa-Besuch des amerikanischen Präsidenten gehört hat - aus Brüssel und aus London -, ist Richard Nixon bestrebt, den europäischen Bündnispartnern der USA das Gefühl zu vermitteln, daß sie als gleichwertige Partner zu werten sind. Deshalb steht auch an der Spitze aller Unterredungen, die Nixon bisher geführt hat und die er auch in Bonn, Berlin, Paris und Rom führen wird, das Wort und der Begriff KONSULTATION. Ganz gleich, worüber sich Nixon mit seinen Gastgebern unterhält - es wird hierbei nicht nur um die gegenseitige Information gehen.

Hierbei ist bemerkenswert, daß der neue amerikanische Präsident ganz offensichtlich sehr systematisch nach Methoden sucht, die einerseits dem Sicherheitsbestreben der freien Welt Genüge leisten, andererseits aber auch geeignet sein können, dem Friedensbedürfnis der Völker in Ost und West Rechnung zu tragen.

So dient denn die Europa-Reise Nixons nicht nur einem Goodwill-Trip, sondern auch, und vielleicht sogar vordergründig, der gewissenhaften Analyse aller realen Möglichkeiten für die Entwicklung einer Ost-West-Politik, die die Völker endlich von ihrem selbstmörderischen Rüstungswettlauf befreien könnte.

Der amerikanische Präsident darf gewiß sein, daß er mit einer solchen Perspektive seiner Politik in der Bundesrepublik Deutschland und selbstverständlich auch in Westberlin mit jeder nur erdenklichen Unterstützung rechnen kann. Es ist inzwischen zur Binsenwahrheit geworden, daß die nationalen Probleme der Deutschen nicht in einem permanenten Spannungszustand zwischen Ost und West gelöst werden können, daß aber umgekehrt eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Moskau und Washington die Chance dafür bietet, der Zukunft Deutschlands und damit Europas mit etwas mehr Optimismus entgegensehen zu können, als dies noch bis vor kurzem der Fall war.

Im übertragenen Sinne bedeutet dies alles in der politischen Praxis der Gegenwart: Die Bundesregierung kann ihre Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit an einer weltweiten Politik der Entspannung, wie sie offenbar von Nixon angestrebt wird, auch durch eigene Beiträge im Rahmen ihrer Bündnisverpflichtungen unterstützen. Sie kann in der Gemeinschaft von Partnern alle Bemühungen fördern, die der Erhaltung und Sicherung des Friedens dienen.

Willy Brandt hat kurz nach seinem Amtsantritt als Bundesaußenminister einmal gesagt, die deutsche Politik müsse sich an den Notwendigkeiten einer weltweit organisierten Friedenssicherung und Entspannung orientieren. Dieses Wort gewinnt in diesen Tagen höchste Aktualität.

+ + +
Erfolg beharrlicher Bemühungen

Zur Freilassung des koreanischen Komponisten Isang Yun.

sp - Schlecht ist es an die große Glocke zu hängen, was im Stillen geschehen muß, wenn man Erfolg verzeichnen will. Die Entführung von 17 Südkoreanern aus der Bundesrepublik durch den südkoreanischen Geheimdienst hatte leidenschaftliche Proteste ausgelöst, es kam zu großen Demonstrationen. Forderungen wurden erhoben, die Bundesrepublik möge die Entwicklungshilfe an Südkorea einstellen und die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Diese Demonstranten reagierten verständlicherweise emotional, nicht rational. Hätte das Außenministerium ihrem Druck nachgegeben, könnten wir heute nicht die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß der 51-jährige südkoreanische Komponist Isang Yun, ebenfalls wegen Spionage angeklagt, bald in der Bundesrepublik ein-treffen und den vorgesehenen Lehrauftrag für das Wintersemester 1968/69 an der staatlichen Hochschule für Musik und Theater in Hannover übernehmen wird.

Von den 17 entführten Koreanern befinden sich noch zwei im Gefängnis; die anderen erfreuen sich der Freiheit. Für die zwei letzten der Entführten besteht begründete Hoffnung, daß sich auch für sie die Gefängnistore öffnen.

Mühe und Beharrlichkeit einer im Stillen wirkenden deutschen Diplomatie haben hier Früchte getragen. Es kann nichts Verpflichtenderes geben, als bedrohte Menschenleben zu retten. Dieser überragende Gesichtspunkt bestimmte die deutsch-südkoreanischen Verhandlungen, die nicht im Lichte der Öffentlichkeit geführt wurden und geführt werden konnten. Dem Außenminister ist für diesen Erfolg zu danken. Die Regierung von Südkorea hat durch die Freilassung der Entführten die Verletzung deutscher Souveränität wieder gutgemacht und damit die deutsch-südkoreanischen Beziehungen von einer schweren Belastung befreit.

LEVI ESCHKOL †

Ein schwerer Verlust für Israel

sp - Israels Ministerpräsident Levi Eschkol ist nicht mehr; eine Herz-
attacke hat ihn dahingerafft. Levi Eschkol wurde am 25. Oktober 1895
in der Ukraine als Sohn eines Landwirts und Holzhändlers geboren.
Mit 19 Jahren, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges war Levi Eschkol
nach Palästina gekommen. Er wollte hier helfen, das "Land der Väter"
aufzubauen. Ausgerüstet mit einer humanistischen Schulbildung, aber
ebenso bewandert in allen Fragen der Landwirtschaft, wurde der Ver-
storbene zu einem jener Pioniere des heutigen Staates Israel, die al-
len Gewalten zum Trotz ihr Lebensziel darin erblickten, dem Volk
der Juden endlich eine Heimstatt zu geben. Den Pflug führend, das
Gewehr griffbereit, ist Levi Eschkol schon in seiner Jugend zu einem
Vorbild jüdischer Beharrlichkeit, Umsicht und Tatkraft geworden.
Später gelangte Levi Eschkol über die landwirtschaftliche Genossen-
schafts- und Gewerkschaftsbewegung in die Führungsgremien der sozial-
demokratischen Partei MAPAI, und von dort - zunächst als Landwirt-
schaftsminister und später als Finanzminister - an die Spitze des
Staates Israel.

Im Gegensatz zum großen alten Mann Israels, Ben Gurion, wirkte
Levi Eschkol lange Zeit mehr im Hintergrund. Er war kein Feuerkopf
wie Ben Gurion, konnte sich aber eine immer größer werdende Autori-
tät bei seinen politischen Freunden und Gegnern erwerben. Die enge
Verbundenheit mit der Landwirtschaft hat Eschkol nie aufgegeben;
sie mag ihn wohl trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten immer
wieder mit Ben Gurion neu verbunden haben.

Als Levi Eschkol 1963 Ministerpräsident wurde, nahm er eine
schwere Bürde auf sich. Der Druck der arabischen Staaten auf Israel
wurde immer stärker, die Wirtschaft des Landes stand vor großen
Schwierigkeiten. Es galt, die Währung zu sichern, die industrielle
Produktion zu steigern und die Verteidigungsbereitschaft Israels
zu erhöhen. Eschkol war kein bequemer Politiker. Der Bundesrepublik
Deutschland stand er kritisch gegenüber. Trotzdem wurden unter seiner
Ministerpräsidentschaft die diplomatischen Beziehungen zu Bonn auf-
genommen. Der verstorbene Ministerpräsident Israels wurde gerade
deswegen das Ziel heftiger innenpolitischer Angriffe. Auf die Ju-
gend eines neuen demokratischen Deutschlands vertrauend, setzte
Eschkol sich durch.

Der plötzliche Tod dieses Mannes hat das Volk von Israel in
tiefe Trauer gestürzt. Gerade jetzt braucht Israel einen Mann an
der Spitze des Staates, dessen fester Wille ebenso vermisst werden
dürfte, wie seine Umsicht bei der Lösung schwieriger Probleme. Die
Bundesrepublik Deutschland wird nie vergessen, daß Levi Eschkol es
war, der den Weg zum besseren Verständnis zwischen Juden und Deutschen
ebnen half.

+ + +

Weißer Fleck auf bundesdeutscher Landkarte

Wird die künftige Entwicklung des Schulsystems in Bayern verbaut?

spk - Die Bayerische Regierung scheint den Ehrgeiz zu haben, das Land so lange es irgendwie möglich ist von der schulischen Weiterentwicklung fernzuhalten. So bildet Bayern wiederum, neben dem Saarland und Schleswig-Holstein, bei der Erprobung der Gesamtschule einen weißen Fleck auf der bundesdeutschen Landkarte.

Gesamtschulen der verschiedensten Art sind bereits in Betrieb: In Hessen acht, in Hamburg vier, in Berlin zwei, in Bremen eine und in Baden-Württemberg eine. In der Planung befinden sich in Nordrhein-Westfalen 18, in Berlin drei, in Hessen sechs, in Baden-Württemberg zwei, in Rheinland-Pfalz eine und in Niedersachsen eine. In Bayern hat die SPD wiederholt im Landtag die Erprobung dieses Schultyps beantragt. Die CSU-Mehrheit lehnte jedoch ab. Genehmigt wurde vom Kultusministerium lediglich die Erprobung einer "kooperativen" Gesamtschule in Schongau. Die Gemeinsamkeit erstreckt sich auf Schulveranstaltungen und einzelne gemeinsame Unterrichtsstunden in den Fächern Leibeserziehung, Kunsterziehung und politische Bildung.

Daß in diesem Fall von einem echten Gesamtschulversuch nicht gesprochen werden kann, zeigt ein Vergleich mit den Plänen des Bistums Münster. Die beabsichtigte Gesamtschule soll die Jahrgänge vom fünften bis zum dreizehnten Schuljahr umfassen. Der Kernunterricht wird gemeinsam erteilt, der Leistungsdifferenzierung dienen Fachleistungsgruppen. An der Gesamtschule können die Abschlüsse der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums, einschließlich der fachgebundenen Hochschulreife, erreicht werden. Eine Besonderheit im Differenzierungsprogramm stellt die Aufnahme der Berufsoberschule in das System dar. Ziel der Planungen ist es, allen Schülern begabungsgerechte Bildungschancen und sinnvolle Alternativen der Schullaufbahn anzubieten.

Für Kultusminister Dr. Huber gibt es allerdings nichts mehr zu erproben. Das Organisationsmodell der Gesamtschule scheint ihm nach "wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen" nicht geeignet zu sein, die an eine moderne Schule zu knüpfenden Erwartungen zu erfüllen.

Die von Huber aufgestellten Behauptungen widersprechen allerdings den Erfahrungen, die schon jetzt in der Bundesrepublik gemacht wurden. So verzeichnet z.B. die Gesamtschule Braunatal (bei Kassel) eine außerordentliche Steigerung der Gymnasialabschlüsse, was besonders auf die Erhöhung des Anteils von Arbeiter- und Bauernkinder zurückzuführen ist.

Neben diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Ziel sprechen auch andere pädagogische und wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Gesamtschule. Gerade in Bayern sind bekanntlich die Fehlleitungen beträchtlich; sie berechtigen sogar, von einem Schulsystem der Sackgassen zu sprechen. Die Einsicht in die Unzuverlässigkeit der üblichen Ausleseverfahren beschwört geradezu neue Methoden. Daß eine Gesamtschule auch wirtschaftlicher ist, liegt auf der Hand, denn bei gleich aufwendiger Bauweise kommt es wesentlich billiger, eine Gesamtschule zu bauen als die bisher übliche gesonderte Zahl von Volksschulen, Realschulen und Gymnasien.

Neue Schulen werden in Bayern ohne die geringste Rücksicht auf zukünftige Entwicklungen errichtet. Bei der konservativen Grundhaltung des bayerischen Kultusministeriums und der CSU besteht die Gefahr, daß die Zukunft unseres Schulsystems wiederum im wahren Sinne des Wortes "verbaut" wird. + + +

Gastarbeiter-Bäume wachsen nicht mehr in den Himmel

Ex-Gastarbeiter drängen auf Spaniens Arbeitsmarkt - Trotz erhöhter Anwerbung mehr Rückwanderer

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die spanische Wirtschaft muß künftig mehr Arbeitsplätze schaffen als je zuvor, denn trotz erhöhter Anwerbung von Gastarbeitern für die Bundesrepublik und andere EWG-Länder steigt seit 1966 unaufhaltsam die Zahl der Rückkehrer. Im Jahr 1968, das für den angespannten spanischen Arbeitsmarkt eine Entlastung durch den erhöhten Arbeiterbedarf in der Bundesrepublik erbringen sollte, reisten 75 307 Spanier ins EWG-Ausland, während die Zahl der Rückwanderer 99 980 betrug, was einen Rückkehrer-Überschuß von 24 673 Personen ergibt; die begleitenden Familienangehörigen nicht mitgerechnet, die auf den Wohnungsmarkt drücken und für die Schulplätze benötigt werden.

Die Unruhen in Frankreich und die zeitweilige Stagnation der französischen Wirtschaft haben die Vorteile aufgehoben, die durch die Entstehung größerer Gastarbeiter-Kontingente in die Bundesrepublik entstanden waren. Für 1969 beabsichtigt die Bundesrepublik, etwa 60 000 Spanier neu anzuwerben; die Zahl der spanischen Gastarbeiter zwischen Rhein und Elbe wird dann wie bis 1965 wieder etwa 180 000 betragen.

Noch 1964 kehrten fast 64 000 Gastarbeiter weniger nach Spanien zurück, als im Ausland angeworben wurden. Diese Entwicklung hielt 1965 abgeschwächt an; damals belief sich die Zahl der Rückwanderer noch auf 60 000 weniger als die der Auswanderer.

Die europäische Wirtschaftsflaute von 1966, die alle EWG-Länder außer Italien erfaßte, brachte den großen Umschwung, der bis heute anhält. Der Rückkehrer-Überschuß stieg von 1 085 im Jahre 1966 auf 25 000 im folgenden Jahr. Allem Anschein nach wird diese Entwicklung fortauern, zumal die hochindustrialisierten EWG-Länder fast ausschließlich auf Facharbeiter reflektieren und Hilfsarbeitern kaum noch eine Chance geben.

In den nächsten vier Jahren sollen in Spanien eine Million neue Arbeitsplätze entstehen, von denen 300 000 schon nach heutigen amtlichen Schätzungen von heimkehrenden Gastarbeitern eingenommen werden sollen. Realistischer wäre zweifellos eine Expansion, die 1,5 Millionen neuer Arbeitsplätze schafft. Der Leiter der spanischen Auswandererbehörde, Miguel García de Sáez, bleibt skeptisch und rechnet damit, daß Spanien auch künftig auf den "Export von Arbeitskraft" angewiesen sein wird. Andererseits steigt der Gastarbeiterbedarf der EWG-Länder nicht ins Unermeßliche; der europäische Arbeitsmarkt wird leicht zum großen Topf, in den eines Tages nichts mehr hineinpaßt. Wenn Spanien schon jetzt damit beginnt, sich auf eine vermehrte Rückkehr von Gastarbeitern einzustellen, wird diese weise Vorausplanung eines nicht fernen Tages durch ein rascheres Wirtschaftswachstum belohnt. Heimkehrende Gastarbeiter, die keinen Arbeitsplatz finden, könnten sich einmal als Auslöschungsmoment ernsterer wirtschaftlicher Störungen erweisen. Bei einiger Anstrengung wäre Spanien durchaus in der Lage, Angebot und Nachfrage auf dem eigenen Arbeitsmarkt auszugleichen; die dafür notwendige Infrastruktur und industrielle Basis existiert bereits, ist aber dringend erweiterungsbedürftig.

Der gallische Hahn auf dem roten Stern

Französischer Großsender in Jugoslawien?

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die "Borba", das Zentralorgan der jugoslawischen Kommunisten, geht ein. Die Auflage dieses Organs, das eigentlich für die acht Millionen Mitglieder des "Sozialistischen Bundes der Werktätigen", also der jugoslawischen Volksfront, gedacht ist, nähert sich rapid der 100.000-Grenze, unter der jede Rentabilitätsrechnung absurd wird.

Unter dem Druck der Konkurrenz, vor allem der gerade 50 Jahre altgewordenen Belgrader "Politika", hat sich die "Borba" bereits entschlossen, einen Teil ihrer Mitarbeiter zu entlassen und ihre Ausgabe in lateinischer Schrift einzustellen, wodurch sie sich selbst auf jene Landesteile Jugoslawiens beschränkt, in denen die cyrillische Schrift vorherrscht.

Doch nicht nur das ohnehin geringe Leserpublikum in den nördlichen Republiken Jugoslawiens, das nach größtmöglicher Selbständigkeit von Belgrader Sprachregelungen sucht, geht der "Borba" auf diese Weise verloren, sondern das Blatt muß bald auch auf jene Subventionen und Dotationen verzichten, die es bisher von Seiten der staatlich gelenkten politischen Massenorganisationen und vor allem von Seiten des auflagenstärksten Blattes Jugoslawiens, den "Večernje Novosti" (382.477 täglich), erhalten hat.

Auf der Suche nach neuen Einkommensquellen wandte sich das Verlagshaus "Borba" daher bereits vor einem Jahr an die Regierung mit der Bitte, einen kommerziellen Reklamesender eröffnen zu dürfen. Die Antwort der Regierung war bündig: Die "Borba" möge sich angesichts ihrer eigenen finanziellen und technischen Schwäche nach einem geeigneten Partner umsehen.

Der Partner fand sich in einer französischen Gesellschaft, die unter anderem den Sender "Europa I" unterhält. Das französische Interesse, ausgerechnet in Jugoslawien einen weiteren Großraumsender zu errichten, erklärt sich aus der geographischen Lage des Titolandess: Sen-

der in Montenegro und an der dalmatinischen Küste wären in der Lage, den italienischen Markt zu beeinflussen, der bereits seit Jahren ungewöhnlich extensiv ist und auf Grund der Vorschriften, denen die italienische Rundfunkgesellschaft RAI unterliegt, nur ungenügend mit wirtschaftlicher Propaganda versorgt werden kann.

Die Rechnung mit dem Reklamehunger der italienischen Wirtschaft hatten zuvor schon einmal die Jugoslawen selbst aufgemacht. Bereits 1967 baute der slowenische Rundfunk in der neuen Hafenstadt Koper, direkt an der italienischen Grenze, einen 20-KW-Sender, der dazu dienen sollte, wie es amtlich hieß, die italienische Minorität im jugoslawischen Istrien zu versorgen, aber in Wirklichkeit vor allem im italienischen Triest und im übrigen Norditalien gehört wurde. Da die italienische Rundfunkgesellschaft RAI, die ein Drittel ihres Einkommens aus Reklamesendungen bezieht, in diesem jugoslawischen Sender eine unwillkommene Konkurrenz sah, gab es Proteste - genauso wie im Falle des südserbischen Senders Vranje, der nächtlich die Sendungen des britischen Rundfunks störte.

Die Franzosen nun und die kommunistische "Borba", verstärkt inzwischen durch ein finanzstarkes jugoslawisches Exportunternehmen namens "Generalexport", wollen sich hingegen über alle derartigen Rücksichten hinwegsetzen und in Zadar, einer ehemals venetianischen Stadt an der jugoslawischen Adriaküste, gleich einen 1200-KW-Sender bauen, der damit zu den sechs größten ganz Europas gehören würde.

Die jugoslawische Regierung, die sonst sehr viel Rücksichten auf die Beziehungen zu Italien nimmt, ist diesem neuen Projekt gegenüber ziemlich aufgeschlossen, weil es fremdes Kapital einbringen wird, auf das man auf anderen Wirtschaftssektoren bisher umsonst hofft.

Doch die "Borba", "Generalexport", "Europa I" und die Belgrader Regierung haben diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht, also ohne die jugoslawischen Rundfunkstationen, die gleichfalls befürchten, ihnen könnte ein Teil der Reklamefonds und der Hörerschaft auf diese Weise verlorengehen. Der jugoslawische Rundfunk befürchtet vor allem, die italienische Gesellschaft RAI könne die neue Konkurrenz derart ernst nehmen, daß in einem neuen internationalen Wellenabkommen aus Rache die jugoslawischen Frequenzen überhaupt erheblich eingeengt würden, eine Maßnahme, die umso stärker empfunden würde, als Jugoslawien schon längst die Zahl der vor 21 Jahren in Kopenhagen zugeteilten Frequenzen überschritten hat.

Wie der Streit über den Äther auch immer ausgehen wird - sicher ist, daß sich die jugoslawischen Rundfunkgesellschaften auf einen Kampf bis aufs Messer gegen den neuen Sender, den sie eine Piratenstation nennen, vorbereiten. Der gallische Hahn, so ist die Meinung der jugoslawischen Kollegen vom Rundfunk, soll ganz einfach nicht dort krähen, wo die Redaktion der "Borba" nichts mehr zu krähen hat.